

Scharfe Kritik an der IG Metall

CDU-Präsidium: Schulterschuß mit den GRÜNEN

Harte Kritik wurde in der Sitzung des CDU-Präsidiums am 17. Februar 1986 am Auftritt des IG-Metall-Vorstandsmitglieds Hans Janßen auf der Bundesversammlung der GRÜNEN in Haagen geübt. In einer nach der Sitzung in Bonn veröffentlichten Presseerklärung heißt es: Damit hat die Führung der IG Metall den Schulterschuß mit den GRÜNEN gefunden. Janßen verfolgt nach Ansicht des CDU-Präsidiums offensichtlich das Ziel, die derzeitige Bundesregierung durch eine rot-grüne Koalition abzulösen.

In der Erklärung heißt es u. a.: Die Führung der IG Metall verbündet sich mit einer Partei, deren Politik zur Vernichtung von Millionen von Arbeitsplätzen, z. B. in der Automobilindustrie oder der chemischen Industrie führen muß und die den Rechtsstaat in Frage stellt.

Die Führung der IG Metall ist offenbar bereit, elementare Arbeitnehmerinteressen zu verletzen, wenn es darum geht, die Politik der Bundesregierung zu bekämpfen. Der Vorschlag Janßens soll offensichtlich dem Ziel dienen, die derzeitige Bundesregierung durch eine rot-grüne Koalition abzulösen.

Das CDU-Präsidium kritisiert dieses Vorgehen auf das Schärfste, weil damit der Gedanke der Einheitsgewerkschaft aufs Spiel gesetzt wird, denn Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern lehnen ein rot-grünes Bündnis aus Überzeugung ab, weil sie nicht ihre Arbeitsplätze gefährden wollen.

HEUTE LESEN SIE

● „CDU EXTRA“

Vorstellung der neuen CDU-Zeitung mit einem Geleitwort von Bundeskanzler Helmut Kohl. Seite 3 und 22

● ÖFFENTLICHKEITS-ARBEIT

Vorstellung einer neuen Broschüre über die Zukunftschancen der älteren Generation. Ein wichtiges Informationsmittel für alle CDU-Verbände. Seite 23

● BONN

Die Vorwürfe gegen Helmut Kohl sind haltlos und ein Vorgeschmack darauf, wie die Linke den Bundestagswahlkampf bestreiten will. Seite 5

● AGRARPOLITIK

Steuerliche Verbesserungen für die kleinen und mittleren Betriebe. Seite 11

● DOKUMENTATION

Jahreswirtschaftsbericht 1986: Soziale Marktwirtschaft — der Weg zu mehr Beschäftigung. grüner Teil

Mit Vertrauen in die Zukunft

Wir haben 1982 einen neuen Anfang gemacht. In nur drei Jahren haben wir gemeinsam viel erreicht. Die richtigen politischen Weichenstellungen haben es möglich gemacht, daß die Leistung unserer Bürger sich wieder lohnt.

Wo es vorher Rückschritt gab, geht es jetzt voran. Aus der größten Wirtschaftskrise wurde ein positiver Konjunkturverlauf.

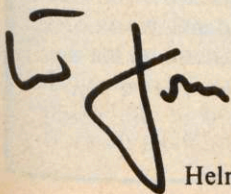
Die wirtschaftlichen Erfolge kommentiert die bedeutende amerikanische Wirtschaftszeitung Business Week „Jetzt ist Deutschlands Wirtschaft am Ball“. Auf dieser soliden wirtschaftlichen Grundlage haben wir auch entscheidende gesellschaftspolitische Weichenstellungen vorgenommen. Wir wollen eine menschlichere Gesellschaft verwirklichen. Dafür stehen für mich drei wichtige Bereiche im Vordergrund:

1. Wir müssen zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft werden. Deshalb haben wir mit unserem 10-Milliarden-Familienpaket die Familien gestärkt. Familienpolitik ist Zukunftsgestaltung. Das Ja zu Kindern ist eine sehr persönliche Entscheidung, in die die Politik nicht hineinzureden hat. Aber wer ja sagt zu Kindern, muß den vollen Schutz der staatlichen Gemeinschaft erfahren.
2. Unsere besondere Sorge gilt den älteren Mitbürgern. Sie dürfen nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Wir können auf den Reichtum der Erfahrung unserer älteren Mitbürger in einer menschlichen Gesellschaft nicht verzichten. Deshalb haben wir dafür gesorgt, daß ihre Renten wieder sicher sind.
3. Die Natur und unsere Umwelt sind uns anvertraut. Wir müssen sie für die kommenden Generationen bewahren. Scharfe Vorschriften für die Luft- und Gewässerreinigung, das umweltfreundliche Auto und bessere internationale Zusammenarbeit beim Umweltschutz sind wichtige Schritte zum Schutz der Umwelt.

In der Außenpolitik sind wir wieder ein zuverlässiger und geachteter Partner in der Welt. Unsere Politik hat wieder klar gemacht: Wir sind verlässlich an der Seite unserer Freunde im Westen und berechenbar für unsere Nachbarn im Osten. Die Konsultationen mit den USA sind so eng wie lang nicht mehr.

Alle diese Erfolge waren möglich, weil sich das geistige Klima in der Bundesrepublik Deutschland verändert hat. Noch 1982 blickten mehr als die Hälfte der Deutschen mit Angst und Pessimismus in die Zukunft. Alle Meinungsumfragen an der Jahreswende 1985/86 zeigten: Jetzt schauen die Menschen wieder zuversichtlich in die Zukunft.

Die Bürger haben das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit zurückgewonnen. Ein neuer Mut zur Zukunft hat verzagten Pessimismus abgelöst. Noch sind Probleme zu lösen, aber heute können wir mit Vertrauen in die Zukunft sagen: wir werden diese Herausforderungen gemeinsam meistern. Wir sind auf einem guten Weg.



Helmut Kohl

PS: Dieses Geleitwort des Bundeskanzlers steht im neuen „CDU extra“, das die CDU-Verbände ab sofort besonders preiswert beziehen können. Näheres auf der Seite 18.

Zur Sache:

Geht die IG-Metall auf rot-grünen Kurs?

Verrat am Arbeitnehmer

IG-Metall-Vorstandsmitglied Janßen ruft auf dem Parteitag der Grünen zum gemeinsamen Kampf gegen die Bundesregierung auf.

So handeln Spitzenfunktionäre der IG-Metall gegen die Interessen der Arbeitnehmer. Sie machen gemeinsame Sache mit den Grünen. Eine Partei,

- ⇒ die aus der Exportwirtschaft aussteigen will, von der Millionen Arbeitsplätze abhängen,
- ⇒ die Nötigung, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch billigt,
- ⇒ die den politischen Streik zur Durchsetzung politischer Ziele will,
- ⇒ die den Austritt aus der NATO fordert.

Zum Glück gibt es noch führende Gewerkschafter, die das nicht mitmachen wollen. Hermann Rappe, der IG-Chemie-Vorsitzende: „Die Grenze meiner Verwunderung ist erreicht“. Und Millionen Arbeitnehmer denken genauso!

Was aber sagen Breit, Brandt und Rau? Nichts; und das aus gutem Grund. Denn Rau soll schließlich die notwendigen Stimmen für ein rot-grünes Bündnis besorgen. Eine rot-grüne Koalition, das wissen die Arbeitnehmer, wäre ein Verrat an ihren Interessen.

Die Politik der Regierung Helmut Kohl dient den Arbeitnehmern: Preisstabilität, Schaffung Hunderttausender neuer Arbeitsplätze, Lehrstellenrekord und zehn Milliarden Mark Steuersenkung für Arbeitnehmerfamilien.

CDU

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle
Konrad-Adenauer-Haus · 5300 Bonn 1 · Nr. 226

**sicher
sozial
und frei**

Kanzleramt: Die Vorwürfe gegen Helmut Kohl sind haltlos

Das Bundeskanzleramt hat den gegen Bundeskanzler Kohl erhobenen Vorwurf der uneidlichen Falschaussage als haltlos zurückgewiesen. Vor Journalisten sagte Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble, er sehe nach gründlicher Prüfung der Akten in der einem Ermittlungsverfahren der Koblenzer Staatsanwaltschaft zugrunde liegenden Strafanzeige des Abgeordneten Otto Schily von den Grünen den Versuch, mit üblen Mitteln von den politischen Erfolgen dieser Bundesregierung abzulenken.

Bei dem geplanten Ermittlungsverfahren geht es um den Vorwurf Schilys, Kohl ha-

be am 18. Juli vergangenen Jahres vor einem mit Spendenzahlungen befaßten Untersuchungsausschuß des rheinland-pfälzischen Landtages falsch ausgesagt. Laut Schily habe er dort wahrheitswidrig bestritten, die wahre Funktion der „Staatsbürgerlichen Vereinigung 1985 e. V.“ als Geld- und Spendenbeschaffungsanlage gekannt zu haben.

Schäuble sagte, Kohls damalige Aussage müsse im Zusammenhang mit der vorangegangenen schriftlichen Beantwortung von Fragen zum Untersuchungsgegenstand gesehen werden. Kohl habe dabei schriftlich erklärt, daß er Kenntnis von dieser Vereinigung gehabt habe. Kohls

Heiner Geißler: Ein Vorgeschmack darauf, wie die Linke den Bundestagswahlkampf bestreiten will

CDU-Generalsekretär Geißler zu Bild: „Was von Herrn Schily eingefädelt wurde, ist ein Vorgeschmack darauf, mit welchen Schlammschlachten die Linke den Bundestagswahlkampf bestreiten will. Die Verdächtigungen gegen den Kanzler sind völlig haltlos.“

Bild: SPD-Fraktions-Chef Vogel fordert, Kohl solle die ganze Wahrheit über Spendenwaschanlagen sagen...

Geißler: „Das ist der Gipfel der Heuchelei. Der Bundeskanzler hat das Parlament und die Öffentlichkeit voll informiert. Die bisherigen Ermittlungen haben doch bewiesen, daß die SPD am kräftigsten die Hand aufgehalten hat: Sowohl beim ‚Kapitalisten‘ Flick als auch bei der Neuen Heimat.“

Das geht nach dem Sprichwort... „Ehrlich währt am längsten, und wer nicht stiehlt, der kommt zu nichts!“ Ich schließe deshalb nicht aus, daß es wegen der ungeklärten Geldzahlungen, vor allem Neuen Heimat an die SPD, einen Bundestags-Untersuchungsausschuß geben wird. Es muß endlich auch geklärt werden, inwieweit die SPD-eigene Friedrich-Ebert-Stiftung die gigantischste Geldwaschanlage dieser Republik gewesen ist.“

Bild: Kohl erfuhr aus der Presse von dem Verfahren...

Geißler: „Ein solches Verfahren verletzt die Rechtsstaatlichkeit und sollte im Interesse aller Bürger in Zukunft ausgeschlossen werden.“

Äußerungen seien in der Anzeige Schilys aus dem Zusammenhang gerissen worden.

Kohl habe dabei auch erklärt, er habe gewußt, daß diese Vereinigung politische Parteien finanziell unterstütze. Darauf habe Kohl in seiner mündlichen Aussage ausdrücklich Bezug genommen, sagte Schäuble. Er räumte ein, daß bei der Lektüre des Protokolls der mündlichen Aussage allein eine „gewisse Verwirrung“ entstehen könne. Zusammen mit der vorangegangenen schriftlichen Erklärung und einer von Kohl später noch brieflich gegebenen Erläuterung sei aber kein Zweifel mehr möglich.

Schäuble sagte, ebenso haltlos sei Schilys

derzeit von der Bonner Staatsanwaltschaft geprüfte Vorwurf, der Kanzler habe vor dem Flick-Untersuchungsausschuß des Bundestages über ihm geleistete Spenden des Flick-Konzerns falsch ausgesagt. Kohl habe seinen Anwalt beauftragt, sich um eine gründliche und zügige Handhabung der Ermittlungen zu bemühen.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler sagte in einem Interview, der Vorgang sei „ein Vorgeschmack darauf, mit welchen Schlamm Schlachten die Linke den Bundestagswahlkampf bestreiten“ wolle. Daß Kohl von der Einleitung des Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft aus der Presse erfahren habe, verletze die Rechtsstaatlichkeit.

Doppelspiel zwischen Grünen und SPD

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl, erklärt zu dem angekündigten Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Koblenz:

Bundeskanzler Kohl kann den angekündigten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Koblenz mit großer Gelassenheit entgegentreten. Der Sachverhalt ist bekannt und vielfach öffentlich erörtert. Es ist davon auszugehen, daß die Ermittlungen daher zügig abgeschlossen werden.

Merkwürdig ist es allerdings, daß die Staatsanwaltschaft Koblenz über eine interne Entscheidung zunächst die Presse informiert, bevor der Betroffene und der Bundestagspräsident unterrichtet sind. So etwas ist eigentlich mit einem geordneten Verfahren kaum zu vereinbaren.

Im übrigen wird die Strafanzeige des Herrn Schily hier in Bonn vom Untersuchungsausschußbericht des Flick-Ausschusses in keinem Punkt getragen. Das

weiß Herr Schily. Die Strafanzeige ist daher nur ein billiges und primitives Wahlkampfmittel.

Sinn eines Ermittlungsverfahrens ist es im übrigen, auch die zur Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln. Es dient auch zum Schutz eines unbescholtenen Bürgers vor verleumderischen Anschuldigungen.

Festzustellen bleibt fernerhin, daß ungefähr 10 % der Ermittlungsverfahren zu öffentlichen Anklagen führen. Dies zeigt die besondere Funktion eines Ermittlungsverfahrens. Zu Aufregungen besteht daher in diesem Fall nun wirklich kein Anlaß.

Unerträglich ist allerdings, in welcher Weise hier das Mittel der Strafanzeige zum übelsten politischen Kampf eingesetzt wird. Die Wandlung des Strafverteidigers Schily ist in diesem Zusammenhang besonders bemerkenswert.

Statt den Bundeskanzler zu attackieren,

ist der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel aufgefordert, alle die bei der SPD im Dunkel gebliebenen Sachverhalte erschöpfend aufzuklären. Scheinbar gibt es hier ein interessantes Doppelspiel zwischen Grünen und der SPD.

Herr Vogel sollte für Aufklärung sorgen, wie sich die berühmte 6,7-Mio.-DM-Spende zusammensetzt. Erst gestern hat dazu Herr Halstenberg interessante Ausführungen gemacht. Auch sollte Herr Vogel den SPD-Pressesprecher Clement zur Ordnung rufen, der noch am 14. Februar versichert hat, daß die SPD von der Neuen Heimat keinen Pfennig Geld bekommen hat. Noch weitere Beispiele lassen sich hier anfügen. Dies wäre das eigentliche Betätigungsfeld für Herrn Vogel.

Die SPD hat bisher nur in unerträglicher Scheinheiligkeit andere beschimpft und selbst nicht zur Aufklärung beigetragen, wenn sie selbst betroffen war. Von der SPD braucht die CDU keine Belehrung entgegenzunehmen.

Pressestimmen

Knüppel gegen Kohl

Der „Grüne“ Otto Schily versteht sein Geschäft: Da es offenbar leicht ist, die Staatsanwaltschaft gegen Politiker zu mobilisieren, ist auch der Bundeskanzler an den Wickel zu kriegen. Das Perfide: Die Bürger sollen denken: Wer mit dem Staatsanwalt zu tun hat, muß Dreck am Stecken haben.

Es soll was hängen bleiben. Bei 90 Prozent aller Ermittlungsverfahren stellt sich heraus, daß nichts dran war. Die Justiz als Knüppel von SPD und Grünen gegen die Regierungskoalition: das Spiel kennen wir. Der Wahlkampf hat längst begonnen!

Bild, 19. 2. 1986

In Szene gesetzt

Wozu eigentlich muß die Staatsanwaltschaft in Koblenz erklären, sie habe „am Montag intern beschlossen“, ein Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Kohl wegen angeblicher falscher uneidlicher Aussage vor dem verflorenen Mainzer Parteipenden-Untersuchungsausschuß einzuleiten? Wird die Justiz neuerdings auf dem Markte ausgetragen oder auf Pressekonferenzen, wie seinerzeit bei der denkwürdigen Veranstaltung in Bonn, auf der die Anklageerhebung gegen von Brauchitsch, Friderichs und Graf Lambsdorff mit großer Pose verkündet worden war? Daß Ermittlungen gegen ihn aufgenommen werden sollen, erfährt der Betroffene aus den Nachrichten, ein skandalöses Verfahren. Auch der Bundestagspräsident hat die vorgeschriebene Mitteilung noch nicht erhalten; sie soll, so die Koblenzer Staatsanwälte, erst in den nächsten Tagen nachgereicht werden. Was jedem Staatsbürger zusteht — die äußerste Korrektheit im Verfahren —, scheint manchem Politiker nicht zugebilligt zu werden.

Was immer aus den Ermittlungen in dieser Sache wird, sie sind von vornherein belastet mit dem Verdacht, hier wolle sich wieder einmal ein Justizorgan in Szene setzen. Dicht benachbart ist der zu erwartende Vorwurf, es sei auch Voreingenommenheit im Spiele, denn daß die beteiligten Staatsanwälte mit hochexplosivem politischem Sprengstoff hantieren, mußte ihnen klar sein. Ein wenig verheißungsvoller Anfang für ein Verfahren, das voller politischer Implikationen steckt.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. 2. 1986

Staats-Anzeiger

Strafanzeigen sind bei uns wohlfeil. Zum Beispiel kann jeder seinen politischen Gegner anzeigen, wenn er meint, dieser habe eine strafbare Handlung begangen, und sei es durch Widersprüche vor parlamentari-

schen Untersuchungsgremien. Erscheinen solche Anzeigen nicht von vornherein abwegig, eröffnet die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren, um den Betroffenen und eventuelle Zeugen zu hören. 90 Prozent der Ermittlungsverfahren werden eingestellt.

Einer der Betroffenen in diesem Sinne ist Bundeskanzler Kohl. Es geht um die weitere Verfolgung einer Anzeige durch den grünen Abgeordneten Schily. Dabei stehen Spenden-Vorgänge zur Diskussion, die zum Teil über zehn Jahre zurückliegen und zu denen sich Kohl vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages von Rheinland-Pfalz geäußert hat. Diese Anzeige Schilys ist gekennzeichnet von Mutmaßungen wie „offenbar“ und „wahrscheinlich“ und überdies von Schlußfolgerungen, denen Substanz fehlt. Helmut Kohl, unbescholten, wird mit Hypothesen konfrontiert.

Gleichwohl wird die öffentliche Wirkung dieses Vorgehens der Staatsanwaltschaft Koblenz erheblich sein. Es geht schließlich nicht nur um die Person von Helmut Kohl, sondern um das Ansehen eines Verfassungsorgans, das im Interesse der Glaubwürdigkeit nach innen und nach außen keinen Schaden nehmen darf. Deshalb ist die Justiz aufgefordert, die Klärung unverzüglich anzugehen und dann das Ergebnis ihrer Ermittlungen der Öffentlichkeit mitzuteilen. Die Justiz muß wissen, daß sie sich nicht im politik-freien Raum bewegt und daß ein Wahlkampf ansteht. Sie muß verhindern, daß durch bloße Anschuldigungen ein Kanzler und damit die Republik in Verurufung gerät.

Die Welt, 18. 2. 1986

Ins Leere laufen

... Der Staranwalt der Grünen wird mit großer Wahrscheinlichkeit ins Leere laufen. Es handelt sich hier nicht um ein abgewogenes Vorgehen des Juristen Schily, son-

dern um eine politische Operation des Oppositionsabgeordneten, der sich offenbar der Hoffnung hingibt, daß vielleicht doch bei dem einen oder anderen Bürger irgend etwas zum Vorteil der Grünen hängenbleiben könnte.

DLF, 17. 2. 1986

Die Elefantenjäger

Der Bundeskanzler konnte die Tatsache, daß die Staatsanwälte gegen ihn ermitteln, aus der nationalen und der internationalen Presse entnehmen. (Die Herald Tribune widmete diesem Ereignis sogar ihre Aufmachung.) Er selbst ist von der Staatsanwaltschaft noch nicht informiert worden. Die Staatsanwälte verhalten sich immer mehr wie die Elefantenjäger: Den Schuß anbringen, bevor das Wild die Witterung aufnehmen kann. Die Teleobjektive der Presse sind dabei allerdings erwünscht, damit auch ein Erinnerungsbild für das Album bleibt.

Handelsblatt, 19. 2. 1986

★

... Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel hat den Bundeskanzler aufgefordert, „die ganze Wahrheit über die Spendenwaschanlagen“ zu sagen. Es ist schwer zu verstehen, selbst unter Wahlkampf-Umständen, wie Vogel — der ja selbst Jurist ist — sich auf ein solches Niveau begeben kann. Kohl hat keine Veranlassung, sich zu dieser Infamie zu äußern. Die Aktenlage spricht für sich. „Ich würde mich an seiner Stelle an dem Verfahren nicht stören“ — diese Einschätzung Theodor Eschenburgs trifft den Kern. Aber die deutsche Öffentlichkeit muß sich daran stören, daß die Methoden, die schon an der Wiege der deutschen Demokratie bereitstanden, damals für den Reichspräsidenten Ebert, immer wieder aufgewärmt werden können, in der unsauberen Hoffnung, daß schon etwas hängenbleiben werde.

Die Welt, 19. 2. 1986

Perspektiven für die 90er Jahre

Der Bundesfachausschuß Verkehrspolitik hat in Bonn auf einer Pressekonferenz die „ordnungspolitischen Leitlinien“ als zukunftsorientierte Grundsätze einer modernen Verkehrspolitik vorgestellt. Die CDU wünscht eine Verkehrspolitik ohne ideologische Scheuklappen. Allerdings müssen die verkehrspolitischen Maßnahmen bezahlbar bleiben, meinte der Vorsitzende des Fachausschusses, der Hamburger Bundestagsabgeordnete Dirk Fischer.

Mit den ordnungspolitischen Leitlinien zur Verkehrspolitik stellt der Bundesfachausschuß die Grundsätze einer modernen und zukunftsorientierten Verkehrspolitik für die 90er Jahre vor.

In der Verkehrspolitik hat die Regierung Helmut Kohl einen grundlegenden Wandel begonnen, der verstärkte Investitionen, mehr Sicherheit, mehr Umweltschutz und ein zeitgerechtes Verkehrsangebot ermöglicht.

Die Erfolge in der Verkehrspolitik liegen auf der Hand:

Bundesbahn weiter saniert

Die Politik der Bundesregierung zur Konsolidierung der Deutschen Bundesbahn hat zu greifen begonnen. Die Neuverschuldung konnte erheblich reduziert werden. Neue Angebote (Inter-Cargo) und leistungsfähige Technologien (Schnellfahrtstrecken, Intercity 2000, Ein-Mann-Triebwagen im Nahverkehr) steigern Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit und sichern den Konsolidierungskurs auch auf der Ertragsseite ab. Die Bundesbahn ist dadurch moderner und leistungsfähiger geworden.

Erschließung strukturschwacher Gebiete

Im Bundesfernstraßenbau standen 1985 die Substanzerhaltung des vorhandenen Netzes, die Schließung von Netzlücken sowie die bessere Anbindung und regionale Erschließung strukturschwacher und peripherer Gebiete im Vordergrund. Die dafür eingesetzten Mittel haben zugleich wesentlich zur Erhaltung und Stärkung der rund 81000 überwiegend mittelständischen Unternehmen im Verkehrssektor beigetragen.

Im Bundesfernstraßenbau fanden die Erfordernisse des Umweltschutzes, des Naturschutzes sowie der Landschaftspflege Berücksichtigung.

Erfolgreiche Verkehrssicherheitspolitik

Die Verkehrssicherheitspolitik der Bundesregierung hat sich bewährt; die Gurtanlegepflicht mit Verwarnungsgeld sowie die allgemein verbesserte Aufklärung haben zu einem erheblichen Rückgang der Zahl der Verkehrstoten gegenüber 1984 um fast 20 Prozent auf ca. 8400 geführt. Die Bundesregierung wird die Verkehrserziehung, Aufklärung und Ausbildung weiter ausbauen, um diese Entwicklung zu verstärken. Einen wichtigen Schritt dazu sieht sie in der Einführung des Führerscheins auf Probe für Fahranfänger im Jahre 1986, dem Stufenführerschein für Motorräder, einer verbesserten Ausbildung der Fahranfänger und höheren Anforderungen an die Fahrlehrer.

Unsere Politik ermöglicht die freie Wahl des Verkehrsmittels durch behutsame Weiterentwicklung des Ordnungsrahmens im Personen- und Güterverkehr. Unsere Verkehrspolitik leistet einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung

der Finanzlage der Bundesbahn. Mit der Verabschiedung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen wird ein klares Signal für den Bereich des Straßenbaus für die nächsten fünf Jahre gesetzt und ein deutlicher Akzent für die Erhöhung der Verkehrssicherheit zum Schutz des menschlichen Lebens.

Sparsamer Landschaftsverbrauch beim Bau von Verkehrswegen, die Förderung schadstoffarmer Autos und bleifreien Benzins, die Verbesserung des Lärmschutzes und die Intensivierung der Maßnahmen zum Meeresumweltschutz sind integraler Bestandteil der Verkehrspolitik der Regierung Helmut Kohl.

Unsere Verkehrspolitik sichert die vom Grundgesetz geforderten gleichwertigen Lebensbedingungen der Bürger in allen Regionen, fördert das Wirtschaftswachstum, steigert die Leistungskraft der Wirtschaft und sichert und schafft dadurch Tausende von Arbeitsplätzen.

Diese Politik der Bundesregierung muß konsequent fortgesetzt werden. Die Leitlinien bieten eine Perspektive für eine zukunftsorientierte, umweltfreundliche und wirtschaftliche Verkehrspolitik in den 90er Jahren. Dazu gehören vor allem folgende Grundsätze:

Die Verkehrsmärkte sind wesentlicher Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft. Ein funktionsfähiger Wettbewerb schafft auch auf diesen Märkten einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage. Der Wettbewerb auf den Verkehrsmärkten muß auch in Zukunft durch den staatlichen Ordnungsrahmen sichergestellt werden. Die CDU lehnt Dirigismus ab und bekennt sich zum Recht des Bürgers auf die freie Wahl des Verkehrsmittels.

Dem Strukturwandel in unserer Wirtschaft unterliegt jedoch auch der Verkehrssektor. Deshalb ist es notwendig, den Ordnungsrahmen den sich verändernden Bedingungen anzupassen.

Deutliche Signale zur notwendigen Anpassung setzen hier das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Mai 1985 zur Verwirklichung einer gemeinsamen europäischen Verkehrspolitik und die Mailänder Beschlüsse des Europäischen Rates. Die europäische Integration im Verkehrswesen setzt aber die Anpassung der noch stark verzerrten Wettbewerbsbedingungen in den Mitgliedstaaten der EG voraus.

Die ordnungspolitischen Leitlinien der Verkehrspolitik beschreiben den notwendigen Ordnungsrahmen für den Straßen-güterverkehr, den Personenverkehr, den schienengebundenen Güter- und Personenverkehr der Deutschen Bundesbahn, die Binnen- und Seeschifffahrt und den Luftverkehr.

Die verschiedenen Verkehrsträger werden in ihren zukünftig notwendigen ordnungspolitischen Rahmenkonzepten dargestellt, da die jeweiligen Verkehrsträger unterschiedlichen Wettbewerbssituationen ausgesetzt sind. Die Ordnungspolitik muß den unterschiedlichen marktspezifischen Gegebenheiten gerecht werden.

Thema: Umweltschutz

Zu einem mehrstündigen Meinungsaustausch zu Fragen des Umweltschutzes trafen sich am 12. Februar 1986 in Bonn das Präsidium des Deutschen Naturschutzringes unter der Leitung von Professor Dr. Wolfgang Engelhardt und der Bundesfachausschuß „Umwelt“ der CDU unter Vorsitz von Senator Hassemer und Umweltminister Töpfer. Im Vordergrund der Diskussion standen neben dem im Juni 1986 in Würzburg stattfindenden deutschen Umwelttag die Vorstellungen der Bundesregierung zur Teilnovellierung des Bundesnaturschutzgesetzes. Die Teilnehmer waren sich über das Ziel einig, den Umwelt- und Naturschutz Priorität zu geben.

Wesentliche Verbesserungen für die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe

Im Rahmen des Steuerbereinigungsgesetzes 1986 wird es wesentliche steuerliche Verbesserungen für die landwirtschaftlichen Betriebe geben. Sie betreffen vor allem den Verkauf kleinerer Betriebe, die Veräußerungen von Grund und Boden zur Abfindung weicher Erben sowie die Schuldentilgung. Alle drei Maßnahmen sind am 1. Januar 1986 in Kraft getreten.

Ab 1987 werden darüber hinaus die Landwirte bei der steuerlichen Neuregelung des selbstgenutzten Wohneigentums maßgeblich entlastet.

a) Steuerersparnis beim Verkauf oder der Aufgabe kleinerer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe

Falls ein Landwirt seinen Betrieb verkauft oder ihn aufgibt, so bleiben die Einnahmen daraus künftig bis zu einem Freibetrag von 90 000 DM steuerfrei. Die Höhe des Wirtschaftswertes darf ab 1986 40 000 DM betragen. Die Ausschlussgrenzen für außerlandwirtschaftliche Einkommen wurden auf 24 000 DM für Ledige bzw. 48 000 DM für Verheiratete angehoben. Die jetzt beschlossene Neuregelung soll bis 1991 gelten.

b) Freibetrag für Gewinne aus dem Verkauf von Grund und Boden zur Abfindung weicher Erben (§ 14 a Abs. 4 Einkommensteuergesetz)

Ab 1. Januar 1986 gilt, daß für jeden weichen Erben ein Freibetrag in Höhe von jeweils 60 000 DM auch bei vorweggenommener Erbregelung gewährt wird.

c) Freibetrag für Gewinne aus dem Verkauf von Grund und Boden zur Tilgung betrieblicher Schulden

Ab 1. Januar 1986 wird ein Freibetrag von 90 000 DM für Gewinne aus dem Verkauf von Grund und Boden wieder gewährt, wenn der Veräußerungserlös zur Tilgung betrieblicher Schulden verwendet wird. Die zu begleichenden Schulden müssen vor dem 30. Juni 1985 im Betrieb entstanden sein. Diese Regelung soll bis zum 31. Dezember 1988 Gültigkeit haben.

d) Geltungsdauer der Abschreibungsvergünstigungen nach § 76 der Durchführungsverordnung zum Einkommensteuergesetz und Gewinnabzug nach § 78 für betriebliche Investitionen

Die Abschreibungsvergünstigungen für landwirtschaftliche Betriebe nach 76 bis 78 DVO wurden bis Ende 1991 verlängert. Damit werden bestimmte betriebliche Investitionen steuerlich vergünstigt. Den Landwirten, die ihren Gewinn nach Durchschnittssätzen ermitteln (§ 13 a EStG), wird jetzt ein entsprechender Gewinnabzug gewährt.

e) Gesetzentwurf zur Neuregelung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums

Nach dem Gesetzentwurf soll vom 1. Januar 1987 die Besteuerung des selbstgenutzten Wohneigentums entfallen. Die Privatgutlösung führt dazu, daß die Wohnung nicht mehr mit einem fiktiven Mietwert besteuert wird. Für die Landwirtschaft bedeutet dies, daß der Wohnanteil aus dem Betriebsvermögen in das Privatvermögen überführt wird. Dann können keine Unterhaltungsaufwendungen mehr für die Wohnungen als Betriebsausgaben steuerlich geltend gemacht werden.

Hierfür ist ein Übergangszeitraum von 12 Jahren bis zu 31. Dezember 1998 vorgese-

hen. Diese Herausnahme des Wohnteils aus dem Betriebsvermögen erfolgt steuerneutral; die aufgedeckten stillen Reserven bleiben unversteuert.

Änderung des Umsatzsteuergesetzes

Durch eine Änderung des Umsatzsteuerrechts, insbesondere durch Anhebung des Durchschnittsatzes (um 5 Prozent-Punkte bis Ende 1988 und 3 Prozent-Punkte bis Ende 1991) für die meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Rahmen der Umsatzsteuerpauschalierung und Einführung eines Kürzungsanspruchs für pauschalierende und optierende Landwirte, wird ein Ausgleich für die Einkommensminderung herbeigeführt.

Damit wurde ein Schlußstrich gezogen unter eine fast ein Jahrzehnt dauernde Entwicklung, unter der der deutsche Währungsausgleich ohne entsprechenden Ausgleich abgebaut wurde.

Altershilfe für Landwirte

a) Das dritte Agrarsoziale Ergänzungsgesetz trat am 1. Januar 1986 in Kraft und bringt eine wesentliche Entlastung kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe.

Die Zuschüsse belaufen sich 1986 und 1987 auf monatlich 25 DM bzw. 50 DM und 75 DM. Dieser Zuschuß ist angebunden an die Einkommenssituation des landwirtschaftlichen Unternehmers und seines Ehegatten. Die außerlandwirtschaftlichen Einkommen werden berücksichtigt. Der Bundesmittelanteil wurde bei den laufenden Leistungen und Alterskassen auf 80,3 Prozent angehoben.

Mitarbeitende Familienangehörige können früher als bisher der Alterskasse für Landwirte beitreten. Dadurch wird die soziale Absicherung im Falle der Invalidität und des Todes sowie eine eigenständige Alterssicherung erreicht, die durch Beiträge der landwirtschaftlichen Unternehmer gezahlt wird.

Geregelt wurde auch der Ehegattenzuschlag. Künftig kann auf Antrag ein Drittel des Altersgeldes an die Bäuerin ausbezahlt werden.

Landwirtschaftliche Arbeitnehmer erhalten in der Zusatzversorgung als Ausgleichsleistung ab 1. Januar 1986 90 DM (bisher 70 DM). Zudem wird hier der Stichtag vorgezogen.

Für die landwirtschaftliche Unfallversicherung wurde die Finanzierung des von der SPD geführten Bundesregierung beschlossenen völligen Abbaus der Zuschüsse bis 1987 wieder gesichert; die Zuschüsse sind wieder auf 400 Mio. DM aufgestockt.

Junglandwirte können bei der Übernahme des Hofes bzw. bei Neugründung einer Existenz 10 000 DM erhalten. Verbunden damit sind ebenfalls Maßnahmen der Zinsverbilligung.

Das ab 1. Januar 1986 vorgesehene Erziehungsgeld nach der Geburt eines Kindes kann auch von Bäuerinnen in Anspruch genommen werden. Es wird in den ersten 6 Monaten einkommensunabhängig 600 DM betragen, vom 7. bis 10. Monat — ab 1988 bis zum 12. Monat — wird es einkommensabhängig gestaffelt sein.

In die Aussprache über die Lösung der Überschußprobleme bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird ein „Soziales Marktentlastungsprogramm“ eingeführt. Dieses beinhaltet die freiwillige Herausnahme von Flächen aus der Produktion bzw. die Umorientierung von flächenintensive auf flächenextensive Bearbeitung. Es sollen Anreize geboten werden, die zur Drosselung der Erzeugung führen. Es wird ein Entgelt in der Bundesrepublik Deutschland entrichtet werden, das mit zur Absicherung des Lebensstandards der in der Landwirtschaft Tätigen beitragen wird.

Die Jugend ist zuversichtlich – „Null-Bock“ ist out

Die Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland beurteilen die Zukunft zuversichtlich, lehnen Gewalt als politisches Mittel ab und sehen beruflichen Erfolg als erstrebenswertes Ziel an. Dies sind die Trends einer Emnid-Untersuchung „Zur geistigen Situation der Jugend in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung bildungsrelevanter Aspekte“.

Im folgenden die wichtigsten Ergebnisse: Die heute 14- bis 21jährige Jugend blickt überwiegend zuversichtlich in die Zukunft. Die Phase der Verunsicherung der Jugend Anfang der 80er Jahre — auf dem Höhepunkt des Jugendprotestes, der unter der alten SPD-Regierung die Einsetzung einer gleichnamigen Enquete-Kommission notwendig machte — ist überwunden. 66 Prozent der Jugendlichen beurteilen heute die Zukunft eher mit Zuversicht; 1983 waren es nur 50 Prozent und 1981 sogar nur 42 Prozent — die Zukunft wurde damals von 58 Prozent noch eher düster eingeschätzt.

Auch bei der generellen Lebenseinstellung ist ein Trendwandel festzustellen: 78 Prozent der befragten Jugendlichen sind „sehr zufrieden und zuversichtlich“ bzw. „eher zufrieden und zuversichtlich“.

Auf die Frage, was das Leben lebenswert mache, antworteten 68 bis 82 Prozent: Harmonie im privaten Bereich, Freiheit und Freude am Beruf. Die Frage nach dem Sinn des Lebens wird überwiegend positiv beantwortet, wobei der Zustimmungsgrad seit 1983 noch gestiegen ist. Diese positive Grundeinstellung zum Leben spiegelt sich auch in einem hohen Zustimmungswert zu der Aussage: „Ich

möchte Kinder haben und ein glückliches Familienleben führen.“

Von einer Abkehr vom Berufs- und Arbeitsleben unter Jugendlichen kann keine Rede sein. Für 52 bis 68 Prozent gilt die Freude an der Arbeit und am beruflichen Erfolg als erstrebenswert. Generell gehören Leistung und Erfolg nach Auffassung der überwiegenden Mehrheit der Jugendlichen zum Leben dazu.

Technik

Von einer Technikfeindlichkeit der Jugend kann nicht gesprochen werden. Die Chancen der Technik werden deutlich gesehen, allerdings auch die Gefahren, die dem technischen Fortschritt hinsichtlich einer möglichen Umweltzerstörung innewohnen.

In diesem Zusammenhang werden die Auswirkungen der neuen Technologien auf das Arbeitsplatzangebot als problematisch beurteilt. 64 Prozent der Jugendlichen sehen unter dem Strich mehr Arbeitsplatzverluste als neugeschaffene Arbeitsplätze. Der Zusammenhang zwischen neuen Technologien, Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt wird von ihnen nicht hinreichend erkannt. Hier gilt es deutlicher zu machen, daß bahnbrechende technische Innovationen in der Geschichte immer wieder Perioden anhaltenden Wirtschaftswachstums herbeigeführt haben. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre in der Bundesrepublik Deutschland haben gezeigt, daß die Zahl der Arbeitsplätze gerade in den technisch innovativen Bereichen zugenommen hat.

Staat und Gesellschaft

Zu Staat und Gesellschaft äußern sich die 14- bis 21jährigen erfreulich positiv:

In deutlich überwiegendem Maße (71 Prozent) äußern die Jugendlichen ihre **Zufriedenheit mit der Demokratie** in der Bundesrepublik Deutschland.

Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele wird von 75 Prozent in jeglicher Form abgelehnt. Über 90 Prozent sprechen sich gegen Sachbeschädigung und Gewalt gegen Personen aus.

Die Notwendigkeit von **Geschichtskennnissen** als Voraussetzung für das Verstehen und die sinnvolle Weiterentwicklung in Politik und Gesellschaft bejahen zwei von drei der Befragten. (Die Kultusminister der Länder sollten diese Daten zur Kenntnis nehmen und Schlüsse daraus ziehen!)

Als die **wichtigsten politischen Aufgaben** werden genannt: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit — insbesondere auch der Jugendarbeitslosigkeit, Umweltschutz und Friedenssicherung. Einen erfreulich hohen Rangplatz belegt auch die Gleichberechtigung der Frau.

Bildung und Ausbildung

Bei den Auffassungen der Jugendlichen zu bildungspolitischen Fragen dominieren realistische Einschätzungen und Zuversicht. Die bildungspolitischen Vorstellungen der Regierung Helmut Kohl werden in weiten Bereichen der Jugend verstanden und mitgetragen. In diesem Zusammenhang ist auf folgende Umfrageergebnisse besonders hinzuweisen:

Als **vorrangige Aufgaben der Bildungspolitik** werden von Jugendlichen gesehen: die Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes, Erziehung zum Umweltschutz, Aus- und Weiterbildung von Arbeitslosen. Bereits an vierter Stelle rangiert die Verbesserung der Ausbildungschancen von Frauen. Relativ weit vorn in der Prioritätenliste finden sich auch die Förderung benachteiligter Jugendlicher, der Ausbau der Weiterbildung und die Ein-

beziehung neuer Technologien in die Schul- und Berufsausbildung. Zentrale bildungspolitische Schwerpunkte der Bundesregierung finden damit große Zustimmung bei den Jugendlichen.

Jugendliche sehen ebenfalls sehr klar den Zusammenhang zwischen **Berufsausbildung** und **Arbeitsmarktchancen**. 95 Prozent der Jugendlichen betrachten eine abgeschlossene Berufsausbildung als die beste Voraussetzung, um einen Arbeitsplatz zu finden. Dabei findet auch die von der Bundesregierung befürwortete **Berufsausbildung über Bedarf** breite Zustimmung (83 Prozent).

Die **Wertschätzung einer Ausbildung im dualen System** zeigt sich auch darin, daß 61 Prozent der Jugendlichen deren Qualität als „gut“ bzw. „sehr gut“ bezeichnen.

Abitur und Studium gelten nicht mehr als „Königsweg“ des Bildungswesens. 63 Prozent der Jugendlichen sind der Ansicht, daß es heute auch attraktive Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich der beruflichen Bildung gibt. 62 Prozent der Befragten halten ein Abitur auch ohne abschließen des Studium für nützlich. Das **Abitur** gilt vielen Jugendlichen offenbar nach wie vor als erstrebenswert — jedoch nicht mehr nur ausschließlich zur Studienvorbereitung, sondern auch zur Vorbereitung auf eine berufliche Ausbildung; nur 37 Prozent sind der Auffassung, daß man nach dem Abitur in jedem Fall studieren sollte.

Die **Bereitschaft zur Mobilität** ist unter Jugendlichen hoch. 73 Prozent der Befragten wären bereit, für einen Ausbildungs- und Studienplatz in einen anderen Wohnort umzuziehen.

Fazit:

Diese Emnid-Studie stellt — wie die Ergebnisse aller neueren Jugendstudien nach 1982 — eine wachsende Zuversicht bei jungen Menschen fest. Jugendliche

gelten als Seismograph für sich ändernde Bewußtseinslagen. Die Grundstimmung in der Bevölkerung hat sich seit dem Amtseintritt von Helmut Kohl deutlich verbessert. Der lähmende Kulturpessimismus Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre, der Untergangsstimmungen schuf und einfache Lösungen („Atomkraft — nein danke; lieber rot als tot“) auf komplizierte politische Sachverhalte anbot, ist überlebt.

Pfeifer betont Bedeutung des Französischlernens

Von ca. 212 000 Schülern in den 13. Klassen an Gymnasien in der Bundesrepublik Deutschland haben 1984 rd. 46 800 Schüler (22 Prozent) am Leistungskurs Französisch teilgenommen, teilte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Anton Pfeifer, mit. Die Quote schwankt zwi-

schen den einzelnen Bundesländern erheblich, sie ist vor allem in den an Frankreich angrenzenden Bundesländern erheblich höher und geht teilweise über 30 Prozent hinaus. Im Zusammenhang mit der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage unterstrich Staatssekretär Pfeifer nochmals ausdrücklich die Bedeutung der französischen Sprache im Rahmen des Fremdsprachenunterrichts.

Studie: Im Jahr 2000 ist niemand mehr arbeitslos

Im Jahr 2000 wird es in der Bundesrepublik keine Arbeitslosen mehr geben. Das Ergebnis einer Untersuchung der Prognos AG in Basel wurde jetzt auszugsweise im Düsseldorfer Magazin „Wirtschaftswoche“ veröffentlicht. Die Nachfrage nach Arbeitsplätzen wird danach zwischen 1990 und 2000 um 1,6 Millionen und im folgenden Jahrzehnt erneut um 1,3 Millionen zurückgehen.

Kanzler sprach mit Vertretern des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend

Zu einem Meinungsaustausch trafen in Bonn das Präsidium der CDU und führende Vertreter des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) auf Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl zusammen. Auf Wunsch des BDKJ standen drei Themenbereiche im Mittelpunkt der Aussprache: Die Lage auf dem Ausbildungssektor und die Jugendarbeitslosigkeit; die Situation der Frauen und Mädchen im Blick auf die Verwirklichung der Gleichberechtigung; die christliche Wertorientierung in der Politik.

Der Bundeskanzler verwies auf die Leistungen der Bundesregierung und forderte die Vertreter des BDKJ auf, ihre Vorschläge über genossenschaftliche Organisationsformen bei der Beseitigung der Ar-

beitslosigkeit zu konkretisieren und sagte eine sorgfältige Prüfung zu. Außerdem wurde vereinbart, in einer Arbeitsgruppe das Problem der Umlagefinanzierung zu erörtern. Die Ergebnisse der Prüfung sollen bei einem weiteren Treffen zwischen CDU-Präsidium und BDKJ-Führung im Juni 1986 besprochen werden.

Außerdem behandelten CDU-Präsidium und BDKJ-Führung Fragen der christlichen Wertorientierung in der Politik. Sie waren sich darin einig, daß christliche Verantwortung auch den Auftrag zu aktiver Mitgestaltung der Politik zum Inhalt hat, was Unterschiede in Detailfragen nicht ausschließt. Der BDKJ forderte, Jugendlichen insgesamt mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten einzuräumen.

Gorbatschows Pläne enthalten konstruktive und problematische Elemente

Bei einer Bewertung der jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschläge kam der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühle, zu folgenden Überlegungen:

Mit ihren Vorschlägen für eine vollständige Abrüstung aller Atomwaffen und für Rüstungsbegrenzungsmaßnahmen bei den konventionellen und chemischen Waffen versucht die Sowjetunion, im Ost-West-Abrüstungsdialog die Initiative zu übernehmen und dabei öffentlichkeitswirksam ein SDI-Verbot zu erreichen. Daß gerade der Zweck der Einflußnahme auf die Meinungsbildung in der westlichen Öffentlichkeit im Vordergrund steht, läßt sich daran ablesen, daß die sowjetischen Vorschläge nicht vertraulich an den einzelnen Verhandlungstischen unterbreitet, sondern in einer Fernseh-erklärung veröffentlicht wurden. Wer auf Propaganda setzt, hat den eigenen politischen Sieg im Auge, aber er erschwert dadurch den Kompromiß am Verhandlungstisch. Deshalb muß die Sowjetunion zu einer Präzisierung ihrer allgemein gehaltenen Vorschläge in den einzelnen Verhandlungsforen aufgefordert werden, und sie muß sich dort mit den westlichen Sicherheitskonzeptionen konstruktiv befassen.

Nachdem Gorbatschow seinen Vorschlag vorgelegt hat, stehen nunmehr zwei Abrüstungskonzepte der beiden Großmächte einander gegenüber: Während der amerikanische Präsident die Atomwaffen durch eine Strategische Abwehr (SDI) wirkungslos machen und dadurch ihre drastische Verminderung und schließli-

che Beseitigung erreichen will, nährt der sowjetische Generalsekretär die Erwartung, man könne auch ohne SDI alle Atomwaffen abschaffen, und zwar im Wege eines genauen Abrüstungsfahrplanes. Während also beim Gorbatschow-Konzept alles vom subjektiven guten Willen der Beteiligten abhinge, führt Reagans Konzept objektiv zur Entwertung der Nuklearwaffen, deren Beseitigung dann eine logische Konsequenz wäre. Entscheidend für die Bewertung der beiden Konzepte ist die Antwort auf die Frage, welches Konzept realistischer und damit erfolgversprechender ist.

Um die Chancen der beiden Konzepte für den Abrüstungsprozeß, aber auch um deren Bedeutung für die gegenseitige Sicherheit nüchtern einschätzen zu können, sollten folgende wichtige Erfahrungen im Auge behalten werden:

- a) Die Frage der Abrüstung kann nicht losgelöst gesehen werden vom Stand der politischen Beziehungen zwischen Ost und West und dabei insbesondere zwischen der Sowjetunion und den USA. Wer den Abbau von Waffen fordert, muß sich zunächst um den Aufbau von Vertrauen bemühen.
- b) Die Sowjetunion hat sich selbst ein hochgestecktes Ziel gesetzt: Sie will innerhalb von 15 Jahren alle Atomwaffen abschaffen, die während der vergangenen 40 Jahre angeschafft wurden.

Die historische Erfahrung hat gezeigt, daß umfassende Abrüstungsprogramme — wie sie beispielsweise in den Vereinten Nationen während der 50er Jahre verhandelt wurden — zunächst sehr eindrucks-

voll wirkten, jedoch bisher allesamt wegen ihrer Komplexität am Detail gescheitert sind. Nicht von ungefähr wurde deshalb Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre auf bi- und multilaterale Verhandlungen über einzelne Bereiche der nuklearen und konventionellen Rüstungskontrolle übergegangen, wie beispielsweise bei SALT I und SALT II, bei MBFR oder der KSZE/KVAE.

c) So konnte in den 10jährigen bilateralen SALT-Verhandlungen nur eine Festbeschreibung von Obergrenzen erzielt werden, obwohl diese Verhandlungen zu einem großen Teil in der sogenannten Entspannungphase geführt wurden. Auch das Ziel des ABM-Vertrages, durch eine drastische Begrenzung von Raketenabwehrsystemen die nukleare Aufrüstung zu stoppen, konnte nicht erreicht werden.

d) Jedes Programm einer vollständigen Beseitigung atomarer Waffen wird daran zu messen sein, wieweit es nicht nur den Frieden erhalten, sondern sicherer machen kann: Denn seit die Atomwaffen existieren, ist es zu keiner kriegesischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West gekommen, herrscht seitdem in Europa Frieden.

Bewertung der sowjetischen Abrüstungsvorschläge:

Die vom sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow vorgelegten Abrüstungsvorschläge können als Diskussionsgrundlage angesehen werden. Sie enthalten konstruktive und problematische Elemente. Darüber sind weder Euphorie noch vorschnelle Ablehnung angebracht. Da diese Vorschläge noch sehr allgemein gehalten sind, wird es jetzt vor allem darum gehen, an den einzelnen Verhandlungstischen die Chancen ihrer Realisierbarkeit im Interesse der gegenseitigen Sicherheit auszuloten.

Konstruktive Elemente in den sowjetischen Vorschlägen

In der Frage der nuklearen Mittelstreckensysteme ist die Sowjetunion bereit, ein Hindernis auszuräumen, mit dem sie bisher einen Fortschritt in den INF-Verhandlungen blockiert hatte: So hat Moskau in der Frage der sogenannten Dritt-Staaten-Potentiale Großbritanniens und Frankreichs dahingehend eingelenkt, daß diese Systeme nicht mehr in den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme einbezogen werden sollen. Allerdings gilt hierfür als Voraussetzung die Forderung nach einem dreifachen westlichen Verzicht: Verzicht auf SDI — Verzicht Großbritanniens und Frankreichs auf die Modernisierung ihrer Nuklearwaffen — Verzicht des Westens auf die Möglichkeit einer INF-Zwischenlösung (für eine solche Zwischenlösung sollen die Dritt-Staaten-Potentiale jedoch wieder einbezogen werden).

Mit der Bereitschaft zur Benennung von Produktionsstätten für chemische Waffen und zu deren Vernichtung unter „strenger internationaler Kontrolle“ kommt die Sowjetunion einer wichtigen Forderung des Westens und der neutralen und blockfreien Staaten in den Genfer Verhandlungen über das weltweite und überprüfbare Verbot chemischer Waffen entgegen.

Für die Einigungsbemühungen der bis zum 19. September 1986 laufenden KVAE ist es nützlich, daß die Sowjetunion bereit ist, ihre aus westlicher Sicht nicht mandatskonforme Forderung einer Anmeldepflicht für Seemanöver für eine zweite KVAE-Phase zurückzustellen.

Die Ausführungen zu den Wiener MBFR-Verhandlungen lassen vermuten, daß der westliche Vorschlag eines Phase-I-Ansatzes im Prinzip akzeptiert wird, d. h. begrenzte Anfangsreduzierungen bei amerikanischem/sowjetischem

Personal mit nachfolgender Festschreibung der Personalstärken beider Seiten.

In der Frage von Inspektionen vor Ort scheint eine flexiblere Haltung als bisher eingenommen zu werden. Hier hat sich die Sowjetunion zu weiteren Maßnahmen bereit erklärt.

Problematische Elemente der sowjetischen Vorschläge sind:

Dreifache Vorbedingung für Abrüstungsbereitschaft:

Erste Vorbedingung für jegliche Abrüstung ist ein Verzicht der USA auf das SDI-Projekt. Die sowjetische Forderung, einer Einstellung jeglicher Nuklearexplosionen der Amerikaner und Sowjets „von Anfang an“ des Abrüstungsprozesses, bedeutet eine Verschärfung der bisherigen sowjetischen Position. Dritte Vorbedingung ist die Forderung nach einem Einfrieren der sog. Dritt-Staaten-Potentiale Großbritanniens und Frankreichs als Voraussetzung für eine INF-Abrüstung. Diese drei Vorbedingungen würden nicht nur den Abrüstungsdialog erschweren.

Wie bereits erwähnt, handelt es sich bei den sowjetischen Vorschlägen um einen Generalangriff gegen das amerikanische SDI-Projekt — einschließlich der SDI-Forschungen. Die sowjetische Seite hat deutlich gemacht, daß sie mit ihrer Forderung eines Verzichts auf die „Schaffung“ von sog. „Weltraumangriffswaffen“ auch die SDI-Forschung einbezieht, die sie als „Teil des Prozesses der Schaffung von Weltraumangriffswaffen“ ansieht.

Zudem muß im Auge behalten werden, daß die Sowjetunion ihr bestehendes Raketenabwehrsystem erheblich verbessert und umfangreiche Fortschritte bei der Erforschung und Entwicklung bodengestützter Raketenabwehrsysteme erzielt hat. Hinzu kommt der bereits fortgeschrittene Stand der sowjetischen For-

schungen und Entwicklungen für eine bodengestützte erweiterte Luftabwehr gegen Kurzstreckensysteme und Cruise-Missiles.

Die Realisierung der sowjetischen Abrüstungsvorschläge würde einer Festschreibung der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts über die NATO dienen, da die Frage der Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts in Europa fast vollständig ausgeklammert wird. Zudem verfolgt die einzige Verbotsaussage im konventionellen Bereich genau den Zweck, die Programme der NATO zur Anhebung der nuklearen Schwelle durch Stärkung der konventionellen Verteidigung mit Hilfe neuer Technologien zu stoppen. Dieser sowjetische Ansatz wirft starke Zweifel auf, wieweit Moskau bereit ist, allen Staaten in Europa das gleiche Recht auf Sicherheit einzuräumen.

Die Reduzierung der Mittelstreckensysteme in zwei aufeinanderfolgenden Phasen — zunächst der weitreichenden (LRINF), danach derjenigen kürzerer Reichweite (SRINF) — hätte zur Folge, daß sich der Westen zur Abrüstung fast all seiner Mittelstreckensysteme verpflichtet, während der Osten seine zielgenauen und auch konventionell und chemisch einsetzbaren SRINF der Typen SS-21/22-22 und SS-23 bis zum Beginn der sog. zweiten Abrüstungsetappe behalten dürfte: Damit verpflichtet sich der Westen zu einer Unterlegenheit im europäischen Bereich, ohne die Garantie zu haben, daß die sog. „taktischen“ Systeme mit einer Reichweite bis zu 1000 km in der zweiten Phase auch wirklich abgerüstet werden.

Das Fehlen der Möglichkeit einer INF-Zwischenvereinbarung ist insofern problematisch, als zum einen die im asiatischen Teil der Sowjetunion stationierten mobilen SS-20 zunächst völlig unberücksichtigt bleiben und damit Westeuropa

weiterhin gefährden können. Zum anderen bestand seit dem Genfer Gipfeltreffen vom November letzten Jahres die Möglichkeit einer INF-Zwischenvereinbarung, auch unabhängig vom Verhandlungsstand bei den strategischen und Weltraum-Systemen. Dieser bereits erzielte Fortschritt darf jetzt nicht wieder grundlos aufgegeben werden.

Mit realistischen kleinen Schritten große Ziele erreichen

Drastische Abrüstung bis hin zur weltweiten Abschaffung der Atomwaffen wird nur möglich sein, wenn dafür zwischen Ost und West eine entsprechende politische Grundlage geschaffen wird, d. h., die bestehenden politischen Spannungen gemindert und schließlich überwunden werden. Denn Waffen sind nicht die Ursache, sondern der Ausdruck bestehender politischer Spannungen. Seit 40 Jahren bemühen sich West und Ost um die politische Überwindung der Spannungen in einem Beziehungsverhältnis, das der Osten selbst als antagonistisch — also in einem nicht zu überwindenden Widerspruch stehend — bezeichnet. Deshalb muß man fragen, wie dieser Antagonismus, der aus kommunistischer Sicht gravierend ist, innerhalb der nächsten 15 Jahre überwunden werden soll, damit es zu einer weltweiten Abschaffung dieser Atomwaffen kommen kann. Hierfür werden jedoch keine Perspektiven aufgezeigt.

Deshalb muß es jetzt vor allem um die politische Vertrauensbildung zwischen Ost und West durch die Verbesserung der bilateralen amerikanisch-sowjetischen Beziehungen gehen sowie durch die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen insgesamt, wofür die europäische West-Ost-Politik einen konstruktiven Beitrag leisten kann, sowie durch die Intensivierung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West.

Parallel dazu sollte das Machbare in der Abrüstung schrittweise realisiert werden. Das bedeutet, daß die konstruktiven Elemente der sowjetischen Vorschläge in den einzelnen Verhandlungsforen auf ihren konkreten Gehalt hin überprüft und — soweit möglich — in die Praxis umgesetzt werden müssen.

Darüber hinaus muß gelten:

Es darf keine Vorbedingungen für einzelne Abrüstungsschritte geben.

Die unterschiedliche Auslegung der Frage, wo die nach dem ABM-Vertrag erlaubte Forschung aufhört und die verbotene Entwicklung beginnt, muß am Genfer Verhandlungstisch ohne Vorbedingung geklärt werden.

Es stellt sich die Frage, warum nicht eine Verbindung der beiden Abrüstungskonzepte insofern gesucht werden sollte, als das Ausmaß der Realisierung von Defensivsystemen von dem dann noch vorhandenen Potential an Offensivwaffen abhängig gemacht wird. Können drastische Abrüstungsschritte nicht eher erreicht werden, wenn die verbleibenden Offensivsysteme auf beiden Seiten geschützt werden?

Die Möglichkeit einer 50prozentigen Reduzierung bei den strategischen Systemen muß in der Substanz konkretisiert werden.

Für alle Europäer muß das gleiche Recht auf Sicherheit gelten — das muß u. a. für den Bereich der INF-Systeme längerer (LRINF) wie kürzerer (SRINF) Reichweite gelten wie auch für den konventionellen Bereich.

Die Möglichkeit einer INF-Zwischenvereinbarung muß auch ohne Anrechnung der Dritt-Staaten-Potentiale weiterhin gegeben sein.

Da die sowjetischen SS-21/SS-22/SS-23 insbesondere deutschen Boden bedrohen, müssen die SRINF zusammen mit den

LRINF in Genf verhandelt werden, damit in diesem Bereich keine neuen Grauzonen entstehen.

Die bisher von der Sowjetunion vorgeschlagenen Maßnahmen für Inspektionen vor Ort müssen in der Substanz erweitert werden: Dies betrifft insbesondere die KVAE (Möglichkeit von Kontrollen vor Ort auf Anforderung), die wegen ihres Mitte September anstehenden Abschlusses zu einer Nagelprobe für die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Abrüstungsbereitschaft wird. Das betrifft aber auch MBFR (Überprüfung der Vertragseinhaltung auf dem gesamten Territorium und nicht nur an Ausgangs-/Eingangspunkten) sowie die Verhandlungen über chemische Waffen (Möglichkeit von Verdachtskontrollen vor Ort).

95 Prozent haben schon eine Lehrstelle

Zu den neuesten Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit über die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Anton Pfeifer, in Bonn u. a.: „Der Abbau der zum 30. September 1985 unversorgten Lehrstellenbewerber setzt sich kontinuierlich und im Trend des Vorjahres fort. In den ersten vier Monaten des neuen Ausbildungsjahres waren bereits über 40 Prozent (24083) der am 30. September Unversorgten in Ausbildung vermittelt. Damit ist ein Gesamtversorgungsgrad von über 95 Prozent erreicht. In den nächsten Wochen wird sich der Abbau weiter verstärken, weil die Aufstockung des Benachteiligtenprogramms jetzt voll greifen wird. Der Bund leistet damit eine wichtige und wirksame flankierende Hilfe. Die ausbildenden Betriebe müssen aber ihre Anstrengungen in den kommenden Wochen weiter fortführen, um lang-

fristig ihren Fachkräftebedarf zu decken. Nach den jetzt vorliegenden vorläufigen Zahlen für das laufende Ausbildungsjahr 1985/86 zeichnet sich bei den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsplätzen gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 6,7 Prozent und bei den gemeldeten Bewerbern ein Rückgang um 0,6 Prozent ab. Diese Zahlen zeigen, daß die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in diesem Jahr gegenüber 1985 etwas zurückgehen dürfte, andererseits aber immer noch auf einem sehr hohen Niveau bleiben wird.“

Zitat

Ein Punkstreik war noch vor 20 Jahren nichts anderes als eine Nadelstichwarnung. Heute tritt er eine Lawine los. An der richtigen Stelle platziert, kann man mit wenigen Arbeitnehmern die deutsche Wirtschaft lahmlegen

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm zur neuen Streiktaktik der IG Metall

EG-Haushalt: Lasten für Bundesrepublik erheblich gestiegen

Die Belastung der Deutschen und Franzosen für die Finanzierung des EG-Haushalts ist nach Angaben des Bonner Finanzministeriums erheblich gestiegen. Im Jahr 1984 zahlte die Bundesrepublik 7,6 Mrd. DM mehr in den EG-Haushalt ein, als sie über die Verwendung der EG-Ausgaben direkt zurückbekam. Diese Position als größte Netto-Zahler mit einem Anteil von 68,4 (1983: 63) Prozent bauten die Deutschen auch pro Kopf der Bevölkerung mit einem Betrag von 124 DM aus.

Jürgen Echternach für zwei weitere Jahre bestätigt

„In weniger als zwölf Monaten wird es sich zeigen, ob es auch in den nächsten Jahren in Deutschland weiter aufwärts gehen wird oder aber die SPD unser Land im Verein mit den Grünen zurück in wirtschaftliche Krisen und gefährliche neutralistische Experimente steuern kann. Und hier bei uns wird sich zeigen, ob es auch in Hamburg eine Wende zum Besseren geben wird.“

Mit diesen klaren Worten umriß der wiedergewählte Landesvorsitzende der Hamburger CDU, Jürgen Echternach, MdB, die Situation elf Monate vor der Bundestagswahl und neun Monate vor dem Hamburger Urnengang. Beim Landesparteitag der Stadtstaat-CDU wurde der seit 1974 amtierende Jürgen Echternach mit klarer Mehrheit erneut zum Chef des CDU-Landesverbandes gewählt. Bei 174 Ja-Stimmen erhielt er außerdem 54 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen. Auch seine drei Stellvertreter, MdB Dirk Fischer (166 Stimmen), MdHB Ove Franz (159) und MdHB Hans-Georg Kuhn (176) bleiben für zwei weitere Jahre im Amt, während die bei diesem Wahlgang ebenfalls kandidierende Eleonore Rudolph, MdHB, mit 98 Stimmen scheiterte.

Vor den mehr als 230 Landesparteitagsdelegierten konnte Echternach in seinem Rechenschaftsbericht mit berechtigtem Stolz auf die gestiegene Mitgliederzahl verweisen. Mit 15200 Mitgliedern habe die CDU in der Hansestadt einen Rekordstand erreicht. Der Landesvorsitzende: „Während sich die Mitgliederzahl der Hamburger SPD seit dem Krieg fast halbiert hat, haben wir eine Mitgliederbasis wie nie zuvor — und die höchste Mitgliederdichte in den drei Stadtstaaten.“

Im politischen Teil seiner Parteitage rede ließ es der alte und neue CDU-Landesvorsitzende an klaren Worten zur verfehlten und perspektivlosen Senatspolitik nicht fehlen. Die SPD und der von ihr gestellte Senat seien so mit Pannen, Skandalen und Pleiten beschäftigt, daß nicht mehr erkennbar sei, wie die Zukunft Hamburgs gestaltet werden solle. Jürgen Echternach: „Beim Hamburger Senat schiebt man alles auf den Bund und das Nord-Süd-Gefälle, auf die Strukturen und den Länderfinanzausgleich.“ Demgegenüber habe die Hamburger CDU auf allen Feldern der Politik die besseren Konzepte und Kämpfe mit Hartmut Perschau um die Mehrheit in der Bürgerschaft.

Zum Abschluß des CDU-Parteitags erinnerte Jürgen Echternach nochmals an die vor Mitgliedern und Funktionsträgern liegende Arbeit: „Wir kämpfen für den Wechsel in Hamburg mit Hartmut Perschau als dem besseren Bürgermeister und bei der Bundestagswahl dafür, daß die Versager von gestern uns nicht erneut in die Krise stürzen können!“

49 Prozent lehnen rot-grün ab

Die Mehrheit der Bundesbürger lehnt eine rot-grüne Koalition ab. Wie das Institut für Demoskopie Allensbach unter Berufung auf zwei repräsentative Umfragen mitteilte, hätten sich 49 Prozent gegen eine solche Verbindung ausgesprochen. 34 Prozent seien dafür, 17 Prozent unentschieden gewesen. Von den SPD-Wählern waren 49 Prozent für eine solche bundesweite Koalition, 40 Prozent dagegen.



**Wir
lieben
Kinder**

Seite 3



**WM in
Mexiko**
Preisausschreiben
für alle Fußballfreunde

Seite 4

**Die stabile D-Mark
macht den Auslands-
Urlaub billiger**

Seite 4

**Weiter auf
Erfolgskurs
mit
Helmut
Kohl**



Seite 2 und 4

**Stabile DM
Mehr Arbeit
Mehr in
der Lohntüte**

**CDU
extra**

In gut drei Jahren hat die Regierung Helmut Kohl dafür gesorgt, daß in Deutschland die Wirtschaft wieder floriert. Die Bürger blicken voller Vertrauen in die Zukunft.

**Ja jetzt geht's
voran!**

Erfolgskurs in die Zukunft

CDU extra

Stabile DM, mehr Arbeit und mehr in der Lohntüte bedeuten, es geht voran. Die Bundesbürger blicken wieder voller Vertrauen in die Zukunft und bestätigen dadurch den Erfolg der Regierung Helmut Kohl.

Auf vier Seiten geht es in dem neuen „CDU extra“ insbesondere um die erfolgreiche Wirtschafts- und Familienpolitik. Helmut Kohl, Heiner Geißler und Gerhard Stoltenberg stellen die Leistung der Regierung dar. Auch Tips wie Geldsparen durch bleifrei fahren oder Hinweise zur Beantragung von

Erziehungsgeld und ein Preisausschreiben sind enthalten.

Im Rahmen unserer „Offensive '87“ ein informatives Verteilmittel, das möglichst viele Haushalte erreichen sollte. Bestellen Sie deshalb das neue CDU extra.

**Mindestabnahme: 250 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 15,— DM
Bestellnummer: 2739**

Bestellung an:

**IS-Versandzentrum
Postfach 13 28
4804 Vermold**

Broschüre „Zukunftschancen der älteren Generation“

„Eine Angelegenheit, die mir besonders am Herzen liegt, ist die bislang noch nicht zufriedenstellend gelöste Vertretung älterer Mitbürger in Politik und Gesellschaft.“ Dies ist das Anliegen von Gerhard Braun, MdB, Seniorenbeauftragter der CDU Deutschlands. Braun stellt in der Broschüre „Zukunftschancen der älteren Generation“ soziale, wirtschaftliche und kulturelle Faktoren vor, die das Zusammenleben der Generationen bestimmen. Er analysiert die derzeitige Lebenssituation und formuliert Zukunftsperspektiven älterer Menschen und stellt konkrete „Maßnahmen vor Ort“ zur besseren sozialen Integration von älteren Mitbürgern vor.

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 35,— DM

Bestellnummer: 3720



Gerhard Braun
Seniorenbeauftragter
der CDU Deutschlands

Zukunfts- chancen der älteren Generation



Die Geschichte der CDU Programm und Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands seit 1945



Neuaufgabe des Buches „Die Geschichte der CDU“

Die Geschichte der CDU liegt nun in aktualisierter Form vor. Vom Ahlener Programm bis zu den Essener Leitsätzen „Für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ enthält diese Broschüre alle wichtigen Beschlüsse der 40jährigen Geschichte der CDU. Verbindende Texte über die zentralen, von der CDU bewirkten politischen Entscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland machen die Broschüre zu einem informativen politischen Handbuch. Der Abdruck aller Wahlergebnisse der Wahlen zu den Landtagen, dem Deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament, die seit Kriegsende stattgefunden haben, vervollständigen diese Dokumentation.

Mindestbestellmenge: 1 Exemplar

Preis: 13,65 DM

Bestellnummer: 3074

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Weil wir die Zukunft gestalten wollen...

Besondere Bildungsangebote der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wer die Zukunft gestalten will, muß sachkundig sein. Er muß wissen, was für die jeweiligen Politikbereiche kennzeichnend ist, muß sich in der Diskussion um die besten Lösungen behaupten können. Das Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung geht in seinen **Eichholzer Informationstagen** auf zentrale Fragen der politischen Auseinandersetzung ein.

Die nächsten Termine und Themen:

- 6. bis 9. April 1986
Mensch und Arbeit in der Sozialen Marktwirtschaft
- 7. bis 10. Mai 1986
Mensch und Umwelt — „Das menschliche Leben mit der Umwelt versöhnen“
- 30. Mai bis 1. Juni 1986
Familie und Beruf — „Eine moderne Industriegesellschaft braucht intakte Familien“
- 8. bis 11. Juni 1986
Gemeinsam die Zukunft gestalten — Zur Zusammenarbeit zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern

Teilnahmebedingungen: Teilnehmerbeitrag 40 DM; Fahrtkosten werden erstattet (Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn/Eigenbeteiligung 20 DM); weitere Kosten entstehen nicht.

Informationen und Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bildungswerk/Schloß Eichholz
Postfach 13 31, 5047 Wesseling, Telefon (0 22 36) 7 07-1

UiD

6/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjens.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.